

Bezugspreis:

Wochensatz 18,30 Mk., monatlich 5,50 Mk., ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 11. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Deutschland vertreten.

London, 11. März. Reuter meldet: Man glaubt, daß der Völkerbundrat die interessierten Länder einladen wird...

Paris, 11. März. (WPA.) Der Völkerbundrat ist in London zusammentreten. Er soll namentlich die Mitglieder der Untersuchungskommission bezeichnen...

Rotterdam, 11. März. (WPA.) Wie "Nieuwe Rotterdamse Courant" aus London meldet, erklärt Lloyd George im Namen des Obersten Rates...

Englische Stimmen zum Wirtschaftsmanifest.

Amsterdam, 10. März. (WPA.) Laut "Telegraaf" findet das Wirtschaftsmanifest des Obersten Rates bei der gesamten englischen Presse große Zustimmung...

Ein schwerer Mißgriff.

Leonhard Frank verhaftet.

Der bekannte Dichter Leonhard Frank ist, wie die "D. Z." aus Frankfurt a. M. meldet, am Sonntag zusammen mit dem Vorsitzenden der kommunistischen Versammlung Friedrich Weber...

Wir bedauern diese Verhaftung außerordentlich und wünschen, daß sie so schnell wie möglich wieder aufgehoben wird. Leonhard Frank ist ein bedeutendes literarisches Talent...

Untersuchung der Affäre "Lichtschlag".

Wie die "D. Z." an ausländischer Stelle erfahren, hat der Reichswehrminister sofort nach Bekanntwerden der Ostabzüge Vorgänge eine strenge Untersuchung des Falles angeordnet.

"Morningpost" ist froh über die Lösung, die beide Teile befriedigen müsse.

Berlin, 11. März. (WPA.) Die "Völkische Nachrichten" betauern, daß das Programm Mittis infolge des französischen Widerspruchs dem Wirtschaftsmemorandum nicht zugrunde gelegt werden konnte.

Für Sozialisierung der Bergwerke.

London, 10. März. (WPA.) Die Bergarbeiterkonferenz hat sich mit 584 000 gegen 346 000 Stimmen für den Streik zur Unterstützung der Sozialisierung der Bergwerke erklärt.

Der Adlon-Skandal.

Entschuldigung des deutschen Geschäftsträgers.

Paris, 11. März. Einer Havadmeldung zufolge begab sich der deutsche Geschäftsträger Dr. Wauer zu Millerand, um die Entschuldigung der deutschen Regierung wegen der Vorfälle in Berlin im Hotel Adlon zu übermitteln.

Tirol — deutsches Land.

Innsbruck, 10. März. (WPA.) Im Hinblick auf die von den "Innsbrucker Nachrichten" eingeleitete, auf die Herbeiführung einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich abzielenden Bewegung...

Die Lage im rheinischen Kohlenrevier.

Essen, 11. März. (WPA.) In der ersten Woche des Monats März entwickelte sich der bahnbefugte Abtransport der Kohlenfelder wesentlich günstiger als in der letzten Woche des Februars.

Fortdauer des Solinger Streiks.

Solingen, 11. März. (WPA.) Bei der Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit in der Solinger Fabrik stimmten 7515 für und 3119 gegen die Fortsetzung des Streiks, es wird also weitergeleitet.

Sicherstellung des Papierbedarfs.

München, 11. März. (WPA.) Zur Sicherung der Papierbeschaffung hat die Regierung an die Regierungskammer die Weisung gegeben, bis spätestens übermorgen telegraphisch mitzuteilen, wieviel Papierbedarf gegenwärtig in den Staatsverwaltungen verfügbar ist...

Eine Verfassungsänderung.

Wahl des Reichspräsidenten durch das Parlament.

Seit geraumer Zeit sind innerhalb der Koalitionsparteien Bestrebungen im Gange, den Artikel 41 der Reichsverfassung abzuändern, der besagt:

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat.

An die Stelle der Volkswahl soll nun, wie das die sozialdemokratische Fraktion schon während der Verfassungsberatung vorgeschlagen hat, die Wahl durch das Parlament treten.

Vor Ablauf der Frist (von sieben Jahren, Art. 2, B.) kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden.

Das "Berliner Tageblatt", das schon seit langem mit dankenswerten Eifer für jene Aenderung eingetreten ist, meldet nun, die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beabsichtige, ihren bereits bei der Verfassungsberatung formulierten Antrag...

Tatsächlich hat sich auch die Reichsregierung mit dieser Frage bereits beschäftigt, und zwar — es ist vielleicht nicht überflüssig, dies festzustellen — zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kandidatur Hindenburg noch nicht proklamiert war.

Wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Anregung stellen würde, kann nach der Haltung, die sie schon bei der Verfassungsberatung eingenommen hat, nicht zweifelhaft sein. Die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk ist in Wirklichkeit nur eine scheinrepublikanische, sich dem Monarchismus wieder stark annähernde Einrichtung.

Weder das französische Beispiel noch die indirekte Volkswahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten liefert nachahmenswerte Vorbilder.

Wenigstens hat sich dagegen das jetzige französische System, wonach der Präsident von der vereinigten Versammlung der Kammer und des Senats gewählt wird, durch diese Art der Wahl wird von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß sich in der Republik die Verantwortung auf viele Schultern verteilt, daß das Volk, vertreten durch seine Abgeordneten, der wirkliche Souverän ist...

Sichert die Wahl des Reichspräsidenten durch das Parlament den konstitutionellen Charakter der Präsidentschaft, so hat sie auch den weiteren Vorteil, die Würde des obersten Staatsrepräsentanten und damit die der Republik selbst vor den üblen Anfackungen zu schützen, denen sie bei einer alle Leidenschaften aufwühlenden Volkswahl notwendigerweise ausgesetzt ist.





